



Nr. 43.

Bräunumerationspreis: Im Comptoir ganzfl. 11, halbf. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbf. 50 kr. Mit der Post ganzfl. 15, halbf. 7.50.

Freitag, 21. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu 4 Seiten 25 kr., höhere per Seite 6 kr.; bei älteren Wiederholungen per Seite 3 kr.

1879.

## Amtlicher Theil.

Der k. k. Landespräsident in Krain hat den Regierungskoncisen Gottfried Friedrich zum Bevölkerungsminister und den Koncisenpraktikanten Heinrich Freiherrn Conrad v. Eysenfeld zum Regierungskoncisen in provisorischer Weise ernannt.

Am 18. Februar 1879 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das X. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig blos in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 22 den Staatsvertrag zwischen Österreich-Ungarn und dem deutschen Kaiser vom 11. Oktober 1878; Nr. 23 die Verordnung des Justizministeriums vom 8. Februar 1879, betreffend die Zuweisung der Gemeinde Stupnica zu dem Sprengel des städtisch-delegierten Bezirksgerichtes Sambor in Galizien.

(„Dr. Btg.“ Nr. 40 vom 18. Februar 1879.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Zeitungsschau.

Von denjenigen Wiener Blättern, welche nochmals die Mission des neu gebildeten Kabinetts und dessen Stellung zu den parlamentarischen Vertretungen erörtern, äußert das „Fremdenblatt“ seine Meinung dahin, die neue Regierung werde vor allem in „einer ehrenvollen und möglichst fruchtbringenden Liquidierung der Geschäfte des scheidenden Abgeordnetenhauses“ seine nächste Aufgabe erblicken. Dazu sei die Herstellung und Pflege eines guten Verhältnisses zur Mehrheit der Verfassungspartei erforderlich. Zu diesem Zwecke werde aber auch letztere ihren guten Willen bethalten und den Verhältnissen Rechnung tragen müssen.

Das „Tagblatt“ und die „Morgenpost“ nehmen an, daß das neue Kabinett ohne Programm vor das Parlament treten werde. Man könne sich seit langem, meint das erstgenannte Blatt, und habe sich keine neuen Mittheilungen zu machen. Uebrigens ist kein Programm auch ein Programm. „Still schweigend spricht das Ministerium damit aus, daß die bestehende Verfassung geachtet wird, die bestehenden Gesetze ihre Autorität bewahren; daß man aber, ohne daß Ideen und Prinzipien entwickelt werden, dem Staate vertrauen und den Gang der Ereignisse abwarten müsse.“

Die „Deutsche Zeitung“ eifert gegen jede Ausdehnung der Occupation in Bosnien auf noch nicht

occupiertes Gebiet, da Österreich zu derartigen Unternehmungen zu kapitalsarm sei.

Die „Neue freie Presse“ vermag sich nicht zu entsinnen, „daß je ein österreichischer Ministerpräsident unter so lebhaften Ausdrücken der kaiserlichen Huld, Anerkennung und Dankbarkeit aus dem Amt geschieden wäre, wie sie in dem kaiserlichen Enthebungshandschreiben an den Fürsten Adolf Auersperg enthalten sind.“

Das „Grazer Volksblatt“ mutmaßt, daß das Kabinett Stremayr-Taaffe der Verfassungspartei großen Vortheil bringen könne, falls letztere ihr Widerstreben gegen die von der Natur fast erzwungene auswärtige Politik aufgibt.

Die „Neue Zeit“ betont, daß die Mitglieder des Kabinetts und jene des Abgeordnetenhauses einander kennen, somit auch wissen, was sie gegenseitig zu erwarten haben, und erblickt in dieser Klarheit der Situation einen Vortheil nach beiden Seiten hin.

Die „Grazer Tagespost“ zweifelt nicht an der Verfassungstreue des neuen Kabinetts und meint, daß in Bezug auf die Arbeiten auf dem Gebiete der inneren Politik gleichfalls, wenn auch keine Verbesserung, doch auch keine Verschlimmerung zu befürchten sei. Deshalb sieht das Blatt ohne Enthusiasmus, aber auch ohne Misstrauen der Regierung des neuen Ministeriums entgegen und gesteht, daß dem heutigen Zustande der Dinge kein anderes Ministerium besser entsprechen würde.

### Parlamentarisches.

Die schon am 3. d. M. eingebaute Vorlage in betreff einer Reihe von Nachtragskrediten zum Budget für 1879 gelangte in der dienststädigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Bertheilung. Im ganzen wird ein Nachtragsbedarf von 6.397,996 fl. behauptet, welchem eine Nachtragsbedeckung von 425,100 Gulden gegenübersteht. Der größte Theil dieses Erfordernisses entfällt auf die Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten. Laut der von den Delegationen genehmigten Schlussrechnung über den gemeinsamen Staatshaushalt für das Jahr 1878 wurde die Beitragsschuldigkeit der diesseitigen Reichshälfte für letzteres Jahr mit 79.302,337 fl. festgestellt. Tatsächlich wurden nur 76.987,269 fl. bewilligt, es ist also noch der Betrag von 2.315,068 fl. zu bedecken. Ferner war für 1878 ein Zollüberschuß von 9 Millionen Gulden präliminiert, während derselbe in Wirklichkeit nur 3.856,262 fl. betrug, so daß von beiden Reichshälften um 5.143,738 fl. von Österreich allein

3.528,604 fl. mehr abgeführt werden mußten. Dieser Betrag wurde den Kassenresten entnommen. Im ganzen werden für die gemeinsamen Angelegenheiten 6.137,546 Gulden nachträglich gefordert. Würden — bemerkt die Regierung in der Begründung — die Kassenreste fortan mit Zahlungen belastet, ohne daß budgetmäßig ein Ertrag geboten wird, so würde der zur Führung des Staatshaushaltes als nothwendig erkannte Betriebsfond wieder allmählig schwinden. Unter den Nachtragsforderungen befindet sich weiter der Betrag von 507,900 Gulden als Präliminare für die im seinerzeit eingebrauchten Budget nicht enthaltenen niederösterreichischen Staatsbahnen und für die Linie Kriegsdorf-Römerstadt.

Am 12. d. M. wurde eine weitere Nachtragsforderung von 38.000 fl. für Fortsetzung der Umlegung der Salzburger Reichsstraße zwischen Lieferhofen und Gmünd eingebraucht.

Der Budgetausschuss legte diesertage seinen Bericht über die Petition des Comités der an der diesjährigen Ausstellung in Sidney teilnehmenden österreichischen Firmen behufs Erlangung einer Staatssubvention von 10.000 fl. vor und beantragt, „die Petition werde der Regierung zur eingehenden Prüfung und Würdigung abgetreten.“

Wie die „Budapest. Kor.“ berichtet, enthält die den Delegationen demnächst zu unterbreitende Vorlage, betreffend die Überschreitung des Sechzig-Millionenredits im Jahre 1878, die Forderung auf Ertheilung der Indemnität für die Summe von 46.000.000 fl., nachdem die abgeschlossenen Rechnungen stattgehabte Ausgaben von 106 Millionen Gulden ausweisen. Die Vorlage über die Occupationskosten des zweiten Semesters 1879 präliminiert blos die Summe von dreizehn Millionen und einigen hunderttausend Gulden.

Der neuerliche Bericht des Ausschusses für die Grundsteuer-Novelle, dessen erster Bericht bekanntlich im Vorjahr vom Abgeordnetenhaus zurückgenommen wurde, liegt hente vor. Der Ausschuss hat bei Wiederaufnahme seiner Verhandlungen zunächst den prinzipiellen Besluß gefaßt, es seien die in der Regierungsvorlage enthaltenen Fristen um ein Jahr zu verlängern. Nachdem mittlerweile ein Antrag, die weiteren Berathungen bis zur Bildung einer definitiven Regierung zu sistieren, vom Ausschusse abgelehnt worden war, ging derselbe an die Detailverhandlung über den § 34 der Novelle (Einschätzung in die Tarifansätze).

Das Ergebnis dieser nochmaligen Berathung war der Besluß, daß nunmehr, entgegen den Bestimmungen der Regierungsvorlage, im § 34 der Grundsatz zum Ausdruck gebracht werden solle, es sei die Ein-

### Feuilleton.

#### Alexa oder auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

(Fortsetzung.)

Mr. Strange trat aus dem Gedränge zurück auf einen Platz, von wo aus er seine Tochter bis zur Abfahrt und noch weiter sehen konnte. Er kam in Verjüngung, sie im letzten Moment wieder zurückzurufen. Jetzt dachte er, er müsse von Simmen gewesen sein, daß er seine Einwilligung zu ihrer Reise gegeben hatte. Er machte eine rasche Bewegung vorwärts, als wolle er sie aus Ufer zurückrufen, — doch zu spät! Das Schiff stieß vom Lande ab, und — Alexa war fort!

Als er sich umdrehte, fand er sich zwei englischen Touristen gegenüber, welche ihn mit unverkennbarer Neugierde beobachtet hatten. Ihre Nationalität war deutlich auf ihren Gesichtern ausgespielt, was bei ihm nicht der Fall war. Er wollte an ihnen vorübergehen, als der eine der Engländer ihn anredete:

„Entschuldigen Sie, Sir; aber da ich in Ihnen einen Landsmann finde, möchte ich mir erlauben, Sie einiges über Athen zu fragen.“

Mr. Strange antwortete Griechisch, sich stellend, als habe er den Engländer nicht verstanden.

„Oho, mein Lieber, damit kommen Sie nicht davon!“ sagte der Engländer. „Ich hörte Sie vor einer Weile mit einem sehr hübschen Mädchen Englisches sprechen. Sie brauchen Ihr Vaterland nicht zu verlassen.“

„Ich bin kein Engländer, sondern ein Griech, und habe hier schon viele Jahre gelebt,“ erwiderte Mr. Strange Griechisch. „Was wünschen Sie von mir?“

Die Männer sahen ihn argwöhnisch an. Mr. Strange wartete nicht, bis sie sich von ihrer Verwunderung erholt hatten, sondern ging weiter und fand ein Boot, welches ihm zusagte. Er kaufte es, nahm es sogleich in Besitz und segelte heimwärts. Als er nach dem Ufer zurückblickte, sah er noch die beiden Engländer, die ihm mit Misstrauen nachsahen.

„Selbst ein unbedeutender Zwischenfall wie dieser kann für mich verhängnisvoll werden,“ dachte er. „Diese Reisenden haben nur dem englischen Konsul, den ich nie gesehen und der nie von mir gehört hat, ihr Zusammentreffen mit einem Engländer, der seine Nationalität verlängerte, zu erwähnen, um Verdacht zu erregen, der Nachforschungen und möglicherweise Entdeckung zur Folge haben kann. Mein Bild befindet sich ohne Zweifel in den Händen des Athener Polizeidirektors. Die achtzehn Jahre haben mich von einem schmächtigen, knabenhafsten Jüngling in einen Mann von mittlerem Alter umgewandelt; mein Bart und meine bräunliche Gesichtsfarbe schützen mich vor Erkennung, aber, — meine Sicherheit liegt allein in der Abgeschlossenheit und Einsamkeit.“

Er wandte seinen Blick dem Schiffe zu, welches schon in weiter Ferne dahinfuhr.

„Da eilt es vorwärts!“ murmelte er, „und mit ihm meine kleine Taube, welche ich mit Bittern und Zagen aussende nach einem Delzweig. Wird sie im wilden Sturme untergehen? O, mein Gott! Welchem Schicksal geht sie entgegen?“

Alexa Strange kam in Triest an und reiste mittelst der Eisenbahn auf der kürzesten Tour, die ihr Vater ihr bezeichnet, nach Paris weiter, wo sie an einem schönen Septemberabend ankam, ohne daß ihr auch nur der geringste Zwischenfall zugestoßen war. Wenn sie auch mit dem Reisen gänzlich unvertraut, im Umgange mit den Menschen ungeübt und mit dem Treiben und Leben in den großen Städten durchaus unbekannt war, so dienten ihr die genauen Weisungen ihres Vaters doch als so sichere Führer, daß sie sich überall ohne Schwierigkeiten zurechtführen vermochte.

Sie nahm einen Wagen und fuhr nach der Rue St. Honoré, wo ihre frühere Gouvernante, mit der sie noch immer im Briefwechsel gestanden, als Lehrerin in einem englischen Pensionat angestellt war.

Von dieser wurde sie auf herzliche Weise aufgenommen. Fräulein Gauthier verschaffte Alexa eine Begleiterin. Noch an demselben Abend reisten Alexa und Mrs. Tomkins, dies war der Name der Dame, nach England weiter.

Die Reise verlief ohne bemerkenswerthe Momente, und Alexa und ihre Begleiterin kamen am nächsten Abend in London an, wo sie in einem Hotel Logis nahmen.

Am andern Morgen wurde Alexa auf ihren Wunsch das Frühstück auf ihr Zimmer gebracht, und sie bestand darauf, daß Mrs. Tomkins daran teilnehme.

„Möchten Sie einen oder ein paar Tage in London verweilen?“ fragte Mrs. Tomkins während des Essens, „um die vorzüglichsten Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen? Da Sie noch nicht in London gewesen sind, würde es gewiß inter-

flügnahme der Steuerträger an der Einschätzung auf ein weiteres Jahr durch Festsetzung der Mitwirkung je eines gewählten Einschätzungsdeputierten sicherzustellen. Um aber den baldigen Abschluß der Einschätzungsoperationen in allen Ländern sicherzustellen, war der Ausschuß der Ansicht, daß diese Mitwirkung der Einschätzungsdeputierten nur bis Ende 1879 zulässig sei, und daß in jenen Ländertheilen, wo etwa die Einschätzung bis zu diesem Termine nicht vollendet sein sollte, selbe im Jahre 1880 durch die Bezirks-Schätzungsreferenten allein zu geschehen hätte und längstens bis zum 31. Oktober 1880 zu beenden wäre. In Anbetracht des unleugbar großen Kosten- und Zeitaufwandes, welcher die Grundsteuer-Regelung bisher in Anspruch genommen hat, glaubt der Ausschuß schließlich auch eine Resolution in Vorschlag bringen zu sollen, durch welche sowohl die Regierung als auch die bei der Grundsteuer-Regelung mitwirkenden Steuerträger aufgefordert werden, auf thunlichste Ersparungen ihr Augenmerk zu richten. Dieselbe lautet: „In Erwägung, daß die Grundsteuer-Regelung bereits einen unverhältnismäßigen Zeit- und Kostenaufwand in Anspruch genommen hat, wird die k. k. Regierung aufgefordert, alle kostspieligen Durchführungsmodalitäten zu vermeiden, sowie auf die thunlichsten Ersparungen bei der weiteren Durchführung ihr Augenmerk zu richten und unbegründeten Anforderungen der bei der Durchführung der Grundsteuer-Regelung beteiligten Mitglieder der Grundsteuerträger mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

### Die Vorgänge in Frankreich.

Das französische Ministerium hat sich, wie man in der Sitzung des Amnestie-Ausschusses vom 16. d. M. erfuhr, nachträglich entschlossen, darein zu willigen, daß die Amnestie „auf alle Verbrechen und Vergehen ausgedehnt werde, die sich an politische Begebenheiten vor oder nach dem Aufstande vom 18. März 1871 knüpfen“, so daß also auch die Pariser Ereignisse vom 31. Oktober 1870 nicht ausgenommen werden. Dieses Zugeständnis wurde zunächst nur von den Ministern Le Royer und Marcère gemacht, die aber erklärten, es im Conseil durchsehen zu wollen.

Der Pariser Gemeinderath und der Generalrath des Seine-Departements hatten nach der Wahl des Herrn Grévy zum Präsidenten der französischen Republik beschlossen, dem neuen Staatsoberhaupt in corpore einen offiziellen Besuch zu machen. Die Präsidenten der beiden Versammlungen, die Herren Thulé und Mathé, baten demnach um eine Audienz im Elysée und erhielten unter dem 13. d. M. folgende Antwort: „Herr Präsident! Ich habe das Schreiben erhalten, in welchem Sie mir den Wunsch aussprechen, mir den Gemeinderath (Generalrath) vorzustellen. Ein offizieller Empfang der großen Staatskörper wird nicht stattfinden, dagegen wird es mir ein Vergnügen sein, offiziös den Vorstand des Gemeinderathes (Generalrathes) Sonntag den 16. Februar um 10 Uhr morgens zu empfangen. Genehmigen Sie u. s. w. Der Präsident der Republik: Jules Grévy.“ Dieser Einladung entsprechend begaben sich die Vorstände dieser beiden Versammlungen am 16. d. M. früh in das Elysée und wurden sofort empfangen. Auf eine beglückwünschende Ansprache des Herrn Thulé erwiderte der Präsident: Dieser Schritt sei ihm sehr

schmeichelhaft; er werde alles aufbieten, um der Republik bei jedermann Achtung zu verschaffen; unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei es nothwendig, große Mäßigung zu entwickeln, da zwar die Städte in ihrer Hingabe für die Republik unerschütterlich, die übrigen Bevölkerungen doch noch allen Eindrücken offen und leicht zu erschrecken wären; dreimal schon habe man die Republik gehabt und dreimal sie wieder verloren; man müsse also diesmal nichts unterlassen, um sie definitiv zu erhalten. Das Gespräch nahm dann eine allgemeine Wendung und dauerte noch eine Weile fort, worauf der Präsident der Republik jedem einzelnen die Hand schüttelte und die Gäste freundlich entließ.

Am gleichen Tage empfing Gambetta im Palast Bourbon die Delegierten des Wahlcomités des 20. Arrondissements, die ihm zu seinem Avancement als Kammerpräsident Glück wünschten. Gambetta antwortete mit einer Rede über die politische Lage. Er erinnerte daran, wie er mit seinen Wählern vor zehn Jahren die politische Arena mit dem Programm betrat, die Republik zu gründen und sie fruchtbringend zu machen. Der erste Theil sei vollendet. Auf den zweiten Theil dieses Programms müsse man jetzt die größte Aufmerksamkeit richten. Die Reformen seien bekannt. Freilich könne man sie nicht mit einem male durchführen, und man sei gezwungen, sich mit dem erreichbaren Fortschritt zu begnügen. Die Schwierigkeiten, die sich der unmittelbaren Einführung der Reformen entgegenstellen, kommen nicht vom Geschrei und vom Gezänk der besiegt Parteien, die man verachten könne; sie kommen daher, weil sich die republikanische Partei erweitert habe, weil sie die Nation geworden sei, deren weiser Mäßigung man Rechnung tragen müsse.

Die öffentliche Unsicherheit in Paris ist am 17. d. M. auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen. Herr von Marcère erklärte, die Berichte der Journale seien übertrieben, er habe jedoch die nötigen Anordnungen getroffen. Es heißt, die Regierung beabsichtige, alle Dienste der Polizeipräfektur vollständig umzubilden und diese Verwaltung auf ganz neuen Grundlagen aufzurichten, namentlich die vielen in derselben eingenisteten Ueberlieferungen anderer Seiten abzuschaffen. Diese schwierige Mission würde Herrn Albert Gigot anvertraut werden, dem man den Titel Minister der öffentlichen Sicherheit geben will.

### Zur Orientfrage.

Wie aus Konstantinopel vom 18. d. M. gemeldet wird, hat der Sultan das vom Fürsten von Montenegro anlässlich der durchgeföhrten Regelung der Grenzfragen an ihn gerichtete Beglückwünschungstelegramm in ebenso höflicher als freundschaftlicher Weise telegrafisch beantwortet.

Der am 9. Februar in Konstantinopel eingetroffene Gouverneur des Libanon, Rustem Pascha, welcher von der Pforte zum Generalgouverneur von Ostrumeliien designiert ist, soll sich in den nächsten Tagen nach Philippopol begeben, um sich der dortigen internationalem Kommission vorzustellen.

Wie man aus Berlin schreibt, sollen die Bedenken des Prinzen von Battenberg gegen Annahme der bulgarischen Fürstenkrone beseitigt sein, und

essant für Sie sein, eine Fahrt durch die Stadt zu machen.“

„Ich danke Ihnen,“ erwiderte Alexa. „Ich muß so rasch wie möglich weiter reisen.“

„Mein Wohnort ist in Lancashire,“ sagte Mrs. Tomkins. „Ich werde morgen Abend zu Hause erwarten; doch kommt es nicht darauf an, wenn ich einen oder zwei Tage länger bleibe. Ich kann Sie begleiten, wohin Sie zu gehen wünschen.“

„Ich gehe nach einem kleinen Badeort in Cornwall, acht oder zehn Meilen von Penzance an der Küste,“ sagte Alexa. „Das Dorf heißt Mont Heron.“

„Ich habe davon gehört,“ entgegnete die Frau. „Edermann sprach vor Jahren von dem Orte, als das große Drama von Montheron in ganz England besprochen wurde. Aber die Verführung solcher Sachen ist nicht passend in Gegenwart einer jungen Dame wie Sie sind. Das Dorf Mont Heron ist sehr hübsch und im Sommer sind viele Fremde dort. Da wir jetzt im Oktober sind, wird die Luft dort vielleicht Ihnen dienlich sein, im Winter aber ist sie zu scharf, fürchte ich, denn Sie sehen sehr zart aus.“

„Wenn Sie mich nach Mont Heron bringen können, würde ich Ihnen zu Dank verpflichtet sein, Mrs. Tomkins,“ sagte Alexa in ihrem gewinnenden Tone, der alle, die mit ihr zusammenkamen, sogleich für sie einnahm. „Ich muß dorthin, aber ich möchte nicht gern allein dort ankommen, ohne Begleitung. Wenn ich erst dort bin, kann ich mir leicht eine Dienarin nehmen.“

„Ich gehe mit Ihnen,“ erklärte Mrs. Tomkins bestimmt. „Wir wollen den ersten Zug benutzen,

hält man die Wahl desselben für durchaus gesichert. Der Einfluß, der die Scrupel des Prinzen beseitigt, sei auf russische Kreise zurückzuführen. Es scheint sichere Aussicht vorhanden, daß die Signatarmächte die eventuelle Wahl des Prinzen anerkennen werden. Auch die Zustimmung der britischen Regierung hält man für zweifellos, wenn dieselbe auch Anstand tragen würde, irgendwelche Erweiterung der Macht des Fürsten von Bulgarien über die ihm im Berliner Vertrage gemachten Zugeständnisse zu billigen.

Zwischen der Pforte und der Bevölkerung von Samos droht ein ernster Conflict auszubrechen. Der constitutionelle Vertretungskörper von Samos hat in geheimer Sitzung die Absetzung des Fürsten von Samos, Photiades Bey, ausgesprochen und von diesem Beschuß den Großvezier und die Botschafter Frankreichs, Englands und Russlands mit dem Ergebnis gesetzt. Wie es jedoch den Anschein hat, ist die Pforte nicht geneigt, den Beschuß der samiotischen Nationalversammlung anzuerkennen.

Von verschiedenen Seiten taucht die Nachricht auf, die österreichisch-ungarische Regierung habe sich in der Arab-Tabia-Frage gegen Rumänien auf die Seite Russlands gestellt. Dem gegenüber erklärt das „Fremdenblatt“, aufs positivste versichern zu können, daß das Wiener Kabinett nach wie vor auf dem bereits wiederholt skizzierten Standpunkt steht: Österreich-Ungarn erkennt nicht blos an, daß der Anspruch, welchen Rumänien auf Arab-Tabia erhebt, berechtigt ist, sondern es gibt auch zu, daß der Batarester Regierung, als sie an die Einrichtung der Grenze ging, nicht wohl zugemutet werden konnte, die Demarcationslinie nach den Vorschlägen der Minorität der europäischen Kommission zu ziehen. Die diplomatischen Vertreter Österreich-Ungarns dürften sich überall in diesem Sinne ausgesprochen haben. Andererseits aber versteht es sich von selbst, daß Österreich-Ungarn alles vermied, was geeignet schien, den zwischen Russland und Rumänien ausgebrochenen Conflict noch zu verschärfen. Im Gegenteil war es die Pflicht unserer Regierung, ihren Einfluß auszuüben, um ein friedliches Arrangement anzubahnen, welches der verletzten militärischen Empfindlichkeit Russlands genügeleistete, ohne den Interessen Rumäniens entgegen zu sein. In Bukarest dürfte darüber umso weniger ein Zweifel herrschen, als der von Österreich-Ungarn lancierte Vermittlungsvorschlag, Arab-Tabia sei von den Rumänen zu räumen, wogegen sich Russland zu verpflichten habe, das streitige Gebiet gleichfalls nicht vor der Entscheidung der Mächte, der sich das Petersburger Kabinett zu führen versprochen hat, zu befreien, des vollen Befalls der rumänischen Regierung erfreute. Uebrigens ist zu hoffen, daß die Botschafterkonferenz in Konstantinopel aus der Beurteilung, welche die Angelegenheit hervorgerufen hat und immer wieder aufs neue erregt, Veranlassung nimmt, ihren Spruch zu beschleunigen.

Die „Pol. Kor.“ vom 18. d. M. bringt über den russisch-rumänischen Conflict nachstehende Einzelheiten aus Bukarest, welche aber offenbar einem früheren Stadium dieser Differenz angehören: „Gestern abends ist vom rumänischen Generalstab am Hofe von St. Petersburg, General Ioan Ghika, ein Telegramm des Inhalts hier eingelangt, daß Kaiser Alexander auf dem am Abende vorher stattgefundenen Hosball seinen (des rumänischen Gesandten) Gruß unerwidert gelassen habe und kalt und lautlos an demselben vorübergeschritten sei. Alsbalb, nachdem der Kaiser einige Schritte vorwärts gemacht, habe er sich halb umgewendet und dem General Ghika sehr vernehmlich die Worte zugesetzt: „Ich habe Befehl gegeben, daß meine Truppen Arab-Tabia besetzen.“ Andererseits wieder ist die an dieser Stelle schon jüngst signalisierte Überprüfung des hiesigen russischen Ministerresidenten Freiherrn v. Stuart ehestern in der That erfolgt, allein in einer Weise, die man hier durchaus nicht erwartet hatte; Baron Stuart wurde nämlich zum Direktor der Archive des Ministeriums des Außenfern in St. Petersburg, an seine Stelle aber kein anderer Ministerresident für Bukarest ernannt, sondern der bisherige russische Konsul in Jassy, Herr Jakobsohn, ganz einfach als „Geschäftsträger“ bestellt. Angefischt dieser, wie man sich hier durchaus nicht verhehlt, doppelten Rundgebung der in Petersburg gegen Rumänien herrschenden Stimmung wird auch heute wieder in maßgebenden Kreisen nach wie vor mit vollster Entschlossenheit betont, daß Rumänien einzige und allein in zwei Fällen in der Arab-Tabia-Frage sich zurückziehen werde, wenn nämlich entweder die Berliner Signatarmächte die Räumung jenes Forts seitens der Rumänen ausdrücklich wünschen würden, oder aber, wenn Russland mit Waffengewalt gegen die derzeitige rumänische Besetzung von Arab-Tabia einschreiten würde. Doch zweifelt man und namentlich in finanziellen Kreisen, daß Russland gerade heute zu einer solchen „Waffenthat“ schreiten werde, weil auch nur ein Schuß auf das Eulennest bei Siliștria die Papierrubel auf allen Märkten Europas noch um 20, wenn nicht mehr Prozent herabsetzen würde. Die momentane Lage ist eine äußerst schwierige. In der Regel gut

unterrichtete Personen wollen wissen, daß unsere leitenden Staatsmänner, als sie zur factischen militärischen Besetzung von Arab-Tabia schritten, ohne die Controverse um jenen Steinhaufen der Entscheidung Europa's vorher unterbreitet zu haben, den bekannten Ausspruch des Fürsten Bismarck sich zur Lehre dienen ließen: Beati possidentes." Nun sieht man aber freilich ein, daß Russland uns gegenüber sein Latein auch nicht vergessen hat und sagt: „Quod licet Jovi, non licet bovi.“

Aus Bukarest wird ferner geschrieben: „Das Budget der Dobrudscha für das Jahr 1879 wurde im Administrationswege festgestellt. Nach demselben sind die Einnahmen auf 3.250,000, die Ausgaben hingegen auf 3.115,512 Francs fixiert worden, so daß noch ein Überschuss von 134,487 Francs resultiert. Die Detailziffern der Einnahmen im neuen Lande sind gewiß nicht uninteressant. Die direkten Steuern betragen 300,000 Francs, und zwar die Erwerbsteuern 100,000, die Grundsteuern 100,000, die Spirituosen-Lizenz 100,000 Francs. Zu den indirekten Steuern liefern die Mauth-Einnahmen 2.000,000, die Tabaksteuern 100,000, die Stempelgebühren und die Taxen für Spirituosen je 50,000 Francs.“

## Gagesneuigkeiten.

### Der Bergwerksbetrieb Oesterreichs 1877.

Das kürzlich ausgegebene dritte Heft des „Statistischen Jahrbuches des k. k. Ackerbauministeriums für 1877“ enthält den zweiten Theil der Bergwerksstatistik, nämlich: die räumliche Ausdehnung des Bergbaues, die wichtigsten Einrichtungen beim Bergwerksbetriebe, den Arbeiterstand, die Berunglückungen, die Bruderläden und Bergwerksabgaben. In ganz Oesterreich bestanden mit Jahreschluss 1877 im ganzen 42,771 Freischürfe, um 3'84 weniger als im Jahre 1876. Die Zahl der Privatfreischürfe ist im Laufe des Jahres von 1711 auf 1500 gesunken. Die mit Jahreschluss 1877 zum Bergbau verliehene Fläche betrug 165,548 Hektaren, und zeigt sich eine Vermehrung der Bergwerksflächen um 12034 Hektaren. Zu diesem Ergebnisse hat nur der Privatbergbau beigetragen, bei welchem die Bergwerksflächen-Fläche um 1629 Hektaren zugenommen hat, während bei dem staatlichen Besitz eine Abnahme von 4256 Hektaren eingetreten ist. Die Länge der Fördereisenbahnen betrug 1.647,252 Meter in der Grube und 650,545 Meter über Tag, und zeigt sich im ganzen eine Zunahme gegen 1876 um 57,828 Meter. Die Länge der Holzbahnen betrug 475,032 Meter und war um 37,787 Meter geringer als 1876. An Dampfmaschinen bestanden: zur Förderung 467, zur Wasserhebung 437, zur Förderung und Wasserhebung 117, im ganzen 19 mehr als 1876.

In ganz Oesterreich standen bei den Bergbau- und Hüttenunternehmungen (mit Ausschluß der Salinen) 83,122 Männer, 6399 Weiber und 2313 Kinder, in allem also 91,834 Arbeiter, d. i. um 467 Individuen oder 0,5 Prozent weniger in Verwendung als im Jahre 1876. Die Abnahme ist nur in der Anzahl der Männer, und zwar um 844 (d. i. 1 Prozent) eingetreten, während die Anzahl der Weiber um 98, jene der Kinder um 279 zugenommen hat. Bei den k. k. Salinen waren 8820 Arbeiter, und zwar 1720 Männer bei den Bergbauen, 3992 Männer, 1660 Weiber und 1448 Kinder bei den Sudwerken und Seesalinen beschäftigt. Der Arbeiterstand bei den Salinen hat sich um 12 Individuen vermehrt. In ganz Oesterreich haben sich im Jahre 1877 nur 304 Berunglückungen ereignet, von denen 144 tödtliche und 160 schwere waren. Durch schlagende Wetter sind nur 5 Arbeiter verunglückt, also 27 weniger als 1876.

Um Jahreschluss bestanden 374 Bruderläden, davon 20 bei den Salinen; erstere hatten einen Gesamtvermögensstand von 7.092,322 fl., was einen Zuwachs von 185,425 fl. ergibt. Das Vermögen der Salinen-Bruderläden belief sich auf 336,804 fl., um 13,296 fl. mehr als 1876. In ganz Oesterreich betrugen die eingehobenen Bergwerksabgaben 936,510 fl. 87,5 fr., und zwar: an Einkommensteuer 680,513 fl. 32,5 fr., an Maßengebühren 132,701 fl. 51 fr., an Freischurfsgebühren 123,296 fl. 4 fr. Hierach wurden an Einkommensteuer um 132,231 fl. 74,5 fr. oder 16,26 Prozent weniger, an Maßengebühren um 6341 fl. 32 fr. oder 5,01 Prozent mehr, an Freischurfsgebühren um 10,389 fl. 87,5 fr. oder 7,77 Prozent weniger, also im ganzen um 136,280 fl. 30 fr. oder 12,70 Prozent weniger als im Jahre 1876 eingehoben.

— (Silberne Hochzeit des Kaiserpaars.) Der Verwaltungsrath des österreichisch-ungarischen Lloyd hat zur Feier der fünfundzwanzigjährigen Vermählung unseres Kaiserpaars einen Betrag von dreißigtausend Gulden für eine Stiftung bestimmt, aus deren Jahresträgern Matrosen und Arbeiter, welche im Dienste der Gesellschaft verunglückten oder invalid wurden, unterstützt werden sollen.

— (Österreichischer Lehrertag.) An den Pfingstfeiertagen wird in Wien ein allgemeiner österreichischer Lehrertag abgehalten werden, zu welchem die

Wiener Lehrerschaft sich allmählig rüstet. Am 6. d. M. wurde bereits die Constituierung des Ortsausschusses, am 16. d. M. die Constituierung des Festcomités vorgenommen. Von den Themen, welche vor dem Lehrertage zur Verhandlung kommen werden, ist bis jetzt die Gründung eines allgemeinen österreichischen Lehrerbundes bekannt geworden.

— (Béranger-Denkmal.) Unter dem Vorsteher Victor Hugo's hat sich in Paris ein Comité zur Errichtung eines Béranger-Denkmales gebildet; eine Subscription soll zu diesem Zwecke am 1. März eröffnet werden.

— (Ein gestohlenes Meisterwerk von Cellini.) Das Generalpolizeikommando zu Lissabon teilte der Wiener Polizeidirection mit: „Am 29. v. M. wurde aus dem königlichen Palais zu Lissabon ein silberner Dolch, ein Meisterwerk Benvenuto Cellini's, gestohlen. Den Griff des Dolches bildet ein auf einer Fledermaus stehendes Skelett; die Augen der Fledermaus sind von Rubin, und die ganz offenen Flügel bilden das Stichblatt. Auf der Rückseite der Waffe befinden sich die beiden Buchstaben M. D. in Diamanten und auf der Scheide die Gravierung verschiedener Figuren, kleine Dämonen vorstellend, die zum Abgrunde niedersteigen.“

— (Die russischen Kriegskosten.) Der Bericht des russischen Finanzministers vom 13. v. M. enthält folgende Daten über die Kriegsauslagen Russlands von 1876 bis 1878: Die Kriegsvorbereitungen Russlands begannen bekanntlich zu Ende des Jahres 1876, und wurden zu diesem Zwecke im Jahre 1876 und im Laufe des Jahres 1877 im ganzen 471.590,000 Rubel aufgewandt. Von dieser Summe wurden verausgabt: für den Geldlohn 49.070,016 Rubel, für Kleidung, Spitäler und Lazarette 40.947,566 Rubel, für Proviant 128.046,699 Rubel, für Fourage 64.530,318 Rubel, für Transport, Fuhrwesen und Vorpann 55.362,563 Rubel, für Truppentransporte auf Eisenbahnen und Kommandierungen 24.870,577 Rubel, für Pferde-Ankauf 13.899,338 Rubel, für Completterungen der Festungen, Batterien, Parks und Flotte 10.730,041 Rubel, für Waffen 5.188,343 Rubel, für Straßenbau 23.249,361 Rubel, für Munition 7.942,147 Rubel, für Geschütze 7.247,272 Rubel, für Ingenieurbedürfnisse und dergleichen 4.005,256 Rubel, für Medikamente, chirurgische Instrumente, Verbandzeug und dergleichen 1.961,065 Rubel, für Artillerie- und Flottenbedürfnisse 2.522,124 Rubel, für Schiffskauf und Miethe 1.572,809 Rubel, für Errichtung von Minen, Schiffssapparaten und dergleichen 786,044 Rubel, für Formierungen von Marschkommandos, Pferdetransport, Aufstellung von Remonten u. dg. 9.104,734 Rubel, für verschiedene Militärbehörden 785,044 Rubel, für außerordentliche Auslagen der Oberkommandanten und anderer Chefs 1.639,000 Rubel, für Belohnungen und Unterstützungen 2.187,607 Rubel und für die Erhaltung des kaiserlichen Hofs im Hauptquartier 2.452,487 Rubel. Im ganzen betragen bis 13. November 1878 die Kriegskosten 887.000,000 Rubel.

— (Eine Hinrichtung.) Aus Nürnberg wird unter dem 14. d. M. geschrieben: Auf der nördlichen Bastei hinter der Frohneste am Pegnitz-Ufer fand heute früh um 8 Uhr die Hinrichtung des wegen Ermordung seiner leiblichen Tochter vom Schwurgerichte am 20. November v. J. zum Tode verurtheilten Taglöhners Georg Ulherr von Malmbsbach statt. Es ist dies jenes Scheusal, welches sein 7½-jähriges Töchterchen missbrauchte und ihm dann im Walde bei Gibigenhof den Leib ausschnitt, zwölf Stunden später das noch lebende Kind nochmals mit Messerstichen verlegte und auf diese Weise den unter unsäglichen Schmerzen erfolgten Tod des armen Mädchens veranlaßte. Infolge dieser schaudererregenden Details waren es auch nur wenige Stimmen, welche sich hierorts gegen den Vollzug des Todesurtheils aussprachen, im Gegentheile wurde seit zehn Tagen auf allen Bierbänken von nichts anderem als von der bevorstehenden Hinrichtung gesprochen, und zwar meist in zustimmendem Sinne. Den gesetzlichen Vorschriften gemäß wurden außer den vorgeschriebenen 24 Urkunds-personen nur eine kleine Anzahl von Angehörigen des Richter- und Uerztestandes, dann noch einige Vertreter der Presse zugelassen. Der Verurtheilte erschien zehn Minuten nach 8 Uhr auf dem Hinrichtungsplatz, und zwar war er so vollständig schwach und gebrochen, daß ihn die beiden Scharfrichterhilfen förmlich schleifen mußten. Die letzteren sowie der Richter Scheller von München befanden sich in gewöhnlichen schwarzen Civilanzügen mit Leberziehern, der Delinquent trug gleichfalls seine eigenen Kleider, doch war ihm der Rock vollständig entblößt. Ulherr wurde zunächst auf einen Stuhl vor die Gerichtskommission gesetzt und ihm durch den Actuar eine kurze Darstellung seines Verbrechens und der Urtheilstenor verlesen, wobei der Delinquent mehrmals mit Ohnmachten kämpfte, die jedoch durch ihm eingeflossene stärkende Tropfen alsbald wieder beseitigt wurden. Nachdem der Vollzugskommissär den Stab über ihn gebrochen und der Geistliche ein kurzes Gebet mit ihm verrichtet, wurde der händeringende Delinquent gefesselt und ihm die Augen verbunden. Alsdaan ergripen ihn die beiden Gehilfen und schleppten ihn an die bisher durch einen Vorhang verborgene ge-wesene Guillotine, schnallten ihn an das Brett, dasselbe

kippte um, und im nächsten Augenblicke trennte das aus einer Höhe von 3½ Fuß herabfallende Beil mit einem weithin vernehmbaren, dumpfen Schlag den Kopf vom Rumpf. Ein abermaliges Gebet schloß die Procedur, die vom Moment des Augenverbündens bis zum Ende nur 1½ Minuten gedauert hatte. Außen hatte sich eine kolossale Menschenmenge angehäuft, die jedoch absolut nichts sehen konnte, da der Hinrichtungsplatz mit Brettern verschalt und sämtliche Zugänge und Umgebungen militärisch abgesperrt worden waren.

— (Ein Bahnstocher in der Leber.) Wir waren — schreibt Dr. A. in der „Allgem. Wiener Mediz. Zeit.“ — Angenzeuge der hochinteressanten partiellen Nekroskopie im Prager pathologisch-anatomischen Hörsaal, bei welcher in der Leber eines auf der Abtheilung des Regierungsrathes Professor Falsch an Phthisis zu gründe gegangenen Säufers ein 9 bis 10 Centimeter langer, an beiden Enden zugespitzer Bahnstocher zutage gefördert wurde. An der Oberfläche des linken Leberlappens sah man eine wallnußgroße Geschwulst, die stark fluctuierte und nach ihren weiteren Charakteren sofort als Abscess diagnostiziert wurde. Das Colon war an der hinteren Fläche der Leber, entsprechend dem an der Vorderfläche befindlichen Abscessen, verwachsen, und bei genauerer Präparation fand man in diesem Darmstück auch eine Fistelöffnung, welche mit der Abscesshöhle in Verbindung stand. Nach Spaltung des Abscesses lag ein Bahnstocher in seiner ganzen Gravität zutage. — Am Abend wanderte das ganze Schauspiel in die Gesellschaft deutscher Aerzte.

## Lokales.

— (S. M. Baron Kuhn.) Se. Excellenz der Herr Landeskommendierende S. M. Baron Kuhn hat sich vorgestern nach Wien begeben.

— (Ernennungen.) Der Regierungscoucist Herr Gottfried Friedrich wurde zum Bezirkskommäär und der Conceptsprakticant Heinrich Freiherr Conrad von Eybesfeld zum provisorischen Regierungscoucisten ernannt.

— (Budget für Idria.) Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat in seiner vorgestrigen Sitzung nach dem Antrage des Referenten Abg. Ritter bei der Post „Bergdirektion in Idria“ das Ordinarium mit 580,000 fl., das Extra-Ordinarium mit 26,250 fl. und die Bedeckung mit 923,750 fl. im Sinne des Präliminares in das Budget des Ackerbauministeriums eingestellt.

— (Aus der kainischen Landwirtschaftsgesellschaft.) Der Centralausschuß der kainischen Landwirtschaftsgesellschaft hat in seiner letzten Sitzung vom 16. d. M. zu Mitgliedern des Comités, welche die anlässlich der bevorstehenden silbernen Hochzeitsfeier Ihrer Majestäten namens der kainischen Landwirthe zu überreichende Adresse zu verfassen haben, die Herren: Präsident Baron Wurzbach, Sekretär Dr. Bleiweis und Centralausschuß Dr. Pollukar, ferner zu Mitgliedern des Comités zur Abfassung der Petition um Aufhebung des Instituts der Steuerexecutoren die Herren Centralausschüsse Dr. Maximilian Edler von Wurzbach-Tannenberg und L. Robic gewählt. — Beziiglich der Bildung einer eigenen Pferdezuchtsection, welcher die Geschäfte der im Jahre 1878 aufgelösten l. k. Landeskommision für Pferdezucht zufallen, hat der Centralausschuß, einer Mittheilung der „Novice“ zufolge beschlossen, der l. k. Landesregierung mitzutheilen, daß sich der gesammte Centralausschuß als Section für Pferdezucht constituiert hat, und daß der engere Ausschuß dieser Section aus den Herren: Baron Wurzbach, Seunig, Murnik, Dr. Ahazigh und Dr. Bleiweis besteht. Unter einem wurde beschlossen, zur Bestreitung der Regierungsauslagen um Bewilligung einer Staatshubvention per 100 fl. einzuschreiten.

— (Irrsinnig geworden.) Die Gattin des hiesigen Postbeamten Herrn G. ist vergangenen Mittwoch irrsinnig geworden. Die unmittelbare Ursache der Geistesstörung soll die vom einem hiesigen Gewerbsmann am selben Tage vorgenommene Pfändung und Transfierung ihres Mobiliars gewesen sein.

— (Durchs Fenster gestürzt.) Gestern um 1¼ 1 Uhr nachts kam der beim hiesigen l. k. Landeszahamte bedientste Amtsdienner Slivar, welcher im Gebäude des l. k. Steueramtes am Rain wohnt, im trunkenen Zustande nach Hause. Der Hausmeister des Gebäudes öffnete ihm, worauf er sich in seine Wohnung im zweiten Stocke begab. Nach wenigen Minuten hörte der Hausmeister einen schweren dumpfen Fall, und es erschien auch sofort die Gattin des Slivar, welche mittheilte, daß ihr Mann durch das offene Gangfenster des zweiten Stockes in den Hof gestürzt sei. Slivar hat sich hiebei schwer verletzt, und ist wenig Hoffnung, daß er genesen wird.

— (Verunglückter Südbahnbeamter.) Als am 16. d. M. nachmittags beim Einfahren des italienischen Postzuges in die Südbahnstation Butrio der dort den beurlaubten Stationschef vertretende Sekretär des Lehrschefs der oberitalienischen Bahn in Udine den Packwagen besteigen wollte, glitt er beim Sprunge auf das Laufbrett aus und fiel auf die Schienen. Die Räder von vier Waggonen des Zuges, welcher noch in Bewegung war, gingen ihm über die Füße. Derselbe

